

Russland mehr spiele, ein differenziertes „Ja, aber [...]“ (313) gegenüberstellen; ist Demokratie doch nach wie vor im hegemonialen Diskurs sichtbar (315).

Jenseits dieser detailreichen und gewinnbringend zu lesenden Ergebnisse in empirischer wie theoretischer Hinsicht kommt es an einigen Stellen jedoch zu Irritationen, von denen der häufigere Verweis auf einen „Gesamtheitsanspruch“ der Arbeit besonders störend ist. „Aussagen über den politischen Diskurs insgesamt“ (19, ähnlich auch 78 oder 84) treffen zu wollen, schmeckt zu sehr nach einer wie auch immer gearteten Repräsentativität, die sich nicht mit der diskurstheoretischen Anlage der Arbeit verträgt, zumal so in einer wichtigen Hinsicht der angestrebte sanfte Bruch mit der traditionellen Politikwissenschaft gar keiner wäre. Zudem lässt die vom Autor in Kapitel 4 entwickelte Analysestrategie, die im Wesentlichen auf einer Reihe von Fragen an die Texte basiert, ihrerseits Fragen offen. Man hätte sich deutlichere methodische und methodologische Überlegungen gewünscht: es verwundert beispielsweise, dass gerade das Moment der Intertextualität (kein Text ist ohne Bezug zu einer potentiellen Gesamtheit anderer Texte denkbar) nicht erwähnt wird; es hätte sich schon aufgrund der Fragestellung nach der Verknüpfung von politischer und nationaler Identität angeboten. Auch bleibt das Fazit zu knapp, um die Gesamtergebnisse konsequent an die vielschichtige Analyse rückzubinden; hier hätte es der Untersuchung gut getan, einige redundante Passagen in das Fazit auszulagern und so den Anspruch einer diskurstheoretischen Arbeit, Kritik am bestehenden Wissen zu formulieren, auszubauen.

Jenseits dieser Kritikpunkte ist *Philipp Casula* aber eine lesenswerte, sprachlich sehr ansprechende Arbeit gelungen, deren diskurstheoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse ein vielschichtiges und differenziertes Bild von Russland im 21. Jahrhundert zeichnen, das gerade in puncto Demokratie und Russland überzeugende Argumente für diese notwendige, alternative Perspektive zu bisheriger Forschung liefert.

*Eva Herschinger*

Brock, Lothar, Hans-Henrik Holm, Georg Sørensen, und Michael Stohl. *Fragile States: Violence and the Failure of Intervention*. Cambridge. Polity Press 2012. 200 Seiten. 17,99 €.

Über fragile Staaten ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Jetzt hat ein Team von vier Autoren ein neues Buch mit ambitionierten Zielen vorgelegt: Es soll die Entstehung fragiler Staaten in ihren historischen Kontext einordnen, die Zusammenhänge von Fragilität und Gewaltkonflikten herausarbeiten und die Rolle der internationalen Gemeinschaft in der Entstehung und Überwindung von Fragilität klären.

Dazu stellen *Brock et al.* zunächst die Kerncharakteristika fragiler Staaten vor. Sie beziehen sich dabei auf ein Webersches Staatskonzept, ergänzen dies jedoch um den Zustand der Volkswirtschaft und Aspekte von Identität und politischer Gemeinschaft. Operationalisiert wird dieses Konzept über den Failed States Index.

Die Entstehung fragiler Staaten ordnen die Autoren in die Geschichte globaler Staatsbildung ein, wobei sie hier den gängigen Theorien von Charles Tilly und Robert Jackson folgen. Die Schwä-

che postkolonialer Staaten resultierte danach aus der gesellschaftlichen Heterogenität, rückständigen Ökonomien und partikularistischen Eliten. Aufgrund einer internationalen Bestandsgarantie haben diese Staaten heute kaum Anreize zur Entwicklung. So wirke die internationale Gemeinschaft an der Fragilität dieser Staaten mit, nachdem sie durch Kolonialismus und Imperialismus den historischen Grundzustand selbst geschaffen hatte. Als Ursachen für Fragilität identifizieren die Autoren erstens deren juristische Souveränität, zweitens eine Dominanz durch Eliten, die auf eigene Vorteile aus sind, und drittens eine Erfahrung externer Beherrschung. Die Fragilität postkolonialer Staaten führt zu einer erhöhten Anfälligkeit für Gewaltkonflikte. Hier vermeiden *Brock et al.* die einfache Dichotomie von greed und grievance und sehen die Ursachen vielmehr in dem aus einer innerstaatlichen Anarchie entstehenden Unsicherheitsdilemma. Dieser Hang zu internen Konflikten macht fragile Staaten auch zum Problem für andere Länder. Damit wird die Zunahme des internationalen Militärinterventionismus seit dem Ende des Kalten Krieges erklärt, die Autoren sind aber sehr skeptisch, ob durch derartige Interventionen nachhaltiger politischer Fortschritt erzielt werden kann. Während diese Erklärung mit drei Fallbeispielen (Afghanistan, Haiti, D.R. Kongo) illustriert wird, werfen die Autoren im fünften Kapitel auch einen Blick auf positive „Ausreißer“, also auf solche Staaten, die aufgrund ihrer Ausgangsbedingungen ebenfalls fragil sein sollten, es aber nicht sind. Für Botswana und Costa Rica kommen *Brock et al.* zu dem Schluss, dass es die nationalen Regierungen waren, die die Entwicklung dieser Länder an den critical

junctions ihrer Geschichte in eine positive Richtung lenkten.

Für das Problem fragiler Staatlichkeit sehen die Autoren keine einfache Lösung. Sowohl das „Scheitern lassen“ dieser Staaten als auch eine vollständige Übernahme politischer Autorität durch externe Treuhänder ist im aktuellen internationalen System normativ nicht zu rechtfertigen. Anstatt aber nur an den Details globaler Entwicklungszusammenarbeit zu justieren, fordern sie eine Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung, zum Beispiel durch verbesserten Marktzugang für Exporte aus Entwicklungsländern in den globalen Norden, das Ende der Agrarexportsubventionen in Industrieländern oder eine Begrenzung des globalen Kleinwaffenhandels. Positiv an diesem Buch hervorzuheben ist der Fokus auf den Einfluss externer Akteure in der Verursachung und Perpetuierung von Fragilität. Inhaltlich wird hier zwar nicht viel Neues präsentiert, dennoch ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Gleiches gilt für die historische Perspektive, die die langfristigen Pfadabhängigkeiten von Fragilität besser herausarbeitet als vergleichbare Bände. Auch die Skepsis, wie viel die internationale Gemeinschaft mit Militärinterventionen und Governanceförderung erreichen kann, ist durchaus angemessen. Besonders interessant ist die Behandlung positiver Fälle – diese Idee wurde schon öfter formuliert, aber nur selten umgesetzt. Das Buch hat aber auch verschiedene Schwachpunkte. Der erste ist der unsaubere Umgang mit Konzepten. Insbesondere der Sprung von Webers Staatsbegriff zu Kriterien der Ökonomie und der politischen Gemeinschaft überzeugt nicht. Die Operationalisierung über den Failed States Index ist aufgrund von

dessen bekannten Validitätsproblemen problematisch, ferner ist dieser Index aufgrund seiner Outputorientierung gar nicht mit einem Weberschen Staatsbegriff vereinbar. Fragilität steht hier für wenig mehr als für eine unspezifische politisch-ökonomisch-soziale Krise. Zweitens dienen die Fälle lediglich der Illustration, ein systematischer Vergleich bleibt aus. Die vorgeschlagenen Ursachen von Fragilität überzeugen daher nicht restlos, zumal es viele Beispiele fragiler Staaten gibt, die nie kolonisiert waren (Liberia) oder aus dem Zerfall von Vielvölkerstaaten entstanden sind (Georgien, Tadschikistan). Gleichzeitig erfüllen andere Staaten, wie zum Beispiel Malaysia oder Südafrika, alle Kriterien, ohne als fragil zu gelten. Auch für die positiven Fälle bleibt es bei eher fallspezifischen Erklärungen, zum Beispiel, wenn in Botswana die Verstaatlichung der Bodenschätze als Ursache der politischen Stabilität dargestellt wird. Genau dieselbe Maßnahme hat in anderen Staaten die gegenteilige Wirkung gezeigt (beispielsweise in Sierra Leone), was auch durch Theorien des Rentierstaates unterstützt wird. Insgesamt bieten *Brock et al.* eine kompetente Übersicht zu fragiler Staatlichkeit, die insbesondere auf deren internationale und historische Kontextualisierung Wert legt. Dennoch bietet das Buch nur wenig, was nicht an anderer Stelle auch schon gesagt worden ist. So trägt der Band von *Brock et al.* kaum zur systematischen Weiterentwicklung des Forschungsfeldes bei, bietet aber eine konzise Zusammenfassung des Themas, die an einigen Stellen Innovationspotenzial andeutet. Seine Stärken liegen insbesondere in den Kapiteln zum Wirken externer Akteure, weniger in der Erklärung von Fragilität.

*Daniel Lambach*

Tickner, Arlene B. und David L. Blaney (Hrsg.). *Thinking International Relations Differently*. Abingdon, New York. Routledge 2012. 358 Seiten. 37,99 €.

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) arbeitet mit allseits anerkannten Kategorien für theoretische und empirische Forschung. Dazu gehören Begriffe wie Staat, Souveränität, Sicherheit und Globalisierung. Die herrschende Auffassung ist, dass diese Kategorien universelle Gültigkeit besitzen, das heißt, dass sie unabhängig von der spezifischen geographischen oder kulturellen Räumlichkeit in ihren ontologischen Grundzügen anerkannt, wenn auch nicht immer umgesetzt werden. Die Autoren des vorliegenden Werkes – des zweiten in einer auf insgesamt drei Bände angelegten Reihe mit dem Titel “Worlding beyond the West” – widersprechen dieser Einschätzung. Sie sind viel mehr der Auffassung, dass all diese Begriffe und Kategorien in ihrer Bedeutung und Praxis von ihrer jeweils spezifischen “geokulturellen Epistemologie” (1) geprägt sind. Das heißt im einzelnen, dass im Westen kreierte Begrifflichkeiten nicht nur an geokulturellen Barrieren im Süden scheitern, sondern dass der Export dieser Kategorien viel mehr das ontologische und epistemologische Hegemonialprojekt des Westens in den IB absichern und zementieren soll. Das zugrunde liegende Forschungsprojekt widmet sich dem Aufzeigen, wie konkrete Wissensproduktion in einer „Zentrum-Peripherie-Struktur“ (1) in den IB stattfindet und wie das westliche Herrschaftswissen überwunden werden kann. Ziel des Projekts ist mithin eine Erweiterung und Dezentrierung der Definition, was als „wahrhafte IB“ gilt (2). Als Ergebnis des ersten Bandes der Reihe, des von Arlene B. Tickner und